



IG Bau fordert Investitionen von der Stadt

Appell für die Infrastruktur

Vom neuen Radweg bis zum sanierten Schuldach: Trotz sinkender Steuereinnahmen durch die Corona-Pandemie soll Duisburg wichtige Zukunftsinvestitionen nicht verschleppen. Dazu hat die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau) die hiesige Kommunalpolitik aufgerufen.

2019 investierte die Stadt laut Kassenstatistik 50,7 Millionen Euro in öffentliche Infrastruktur – das seien 102 Euro pro Kopf. Damit zähle Duisburg zu den Städten, die vergleichsweise wenig investieren, sagt Karina Pfau, Bezirksvorsitzende der IG Bau Duisburg-Niederrhein.

IG Bau erinnert an Klimaziele

Kommunale Investitionen sichern zugleich viele Arbeitsplätze vor Ort, so Karina Pfau. „Hinzu kommt ein großer Nachholbedarf in puncto Verkehrswende. Nur wenn flächendeckend deutlich mehr in Gleise, Radwege und Ladestationen für Elektroautos investiert wird, sind die Klimaziele erreichbar.“ Gleiches gelte bei der energetischen Gebäudesanierung.

Mit Blick auf die kommunale Kassenlage verweist die Gewerkschaft auf die Hilfen aus den Corona-Konjunkturpaketen. Danach erstattet der Bund den Kommunen Ausfälle bei der Gewerbesteuer im laufenden Jahr mit bis zu 6,1 Milliarden Euro. Weitere 4,8 Milliarden Euro sollen die Länder beisteuern. Zusätzliche Milliardenhilfen gibt es bei den Hartz-IV-Kosten sowie für die Gesundheitsämter und die Kindertagesbetreuung.

Dem Duisburger Stadthaushalt droht für das Jahr 2020 durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie ein finanzieller Schaden in Höhe von rund 102 Millionen Euro. Das prognostizierte Kämmerer Martin Murrack Mitte September.